

Nichtamtlicher Teil.

Vom diplomatischen Dienst.

Bresden, 31. März. Der Königl. Gesandte Wirtl. Geh. Rat Frhr. v. Salza und Nichtenau hat Berlin mit kurzem Urlaub verlassen. Während seiner Abwesenheit fungiert der Legationsrat Frhr. v. Wiederbaum als interimistischer Geschäftsträger.

Deutsches Reich.

Vom Kaiserlichen Hofe.

Athlone, 30. März. Se. Majestät der Kaiser mit Gefolge unternahm heute nachmittag einen Ausflug in Automobilen durch Venizze über den Hogibela. Zur gestrigen Abendtafel war Prof. Dörsfeld geladen.

Berlin, 30. März. Ihre Majestät die Kaiserin reist am 1. April von Braunschweig nach Kassel, am demselben Tage weiter nach Venedig und alsdann nach Korfu.

Des Kronprinzen Afrikareise.

Berlin, 30. März. Wie die „Zeig. Ztg.“ im Reichsblattnachrichten erfahren, ist die Reise des Deutschen Kronprinzen nach Afrika endgültig auf den Frühling des nächsten Jahres verschoben worden. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der Reichstag für diese Reise, die vorwiegend einen informativen Charakter tragen soll, eine bestimmte Summe in den Etat einlegen wird.

Deutsch-Russisches.

Rochmals der Kaiser und Suchomlinow.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der „Ruskoje Slowo“ hatte einen russischen Würdenträger, der mittelbar als der russische Kriegsminister General Suchomlinow kennlich gemacht war, politische Äußerungen aus einem Gespräch mit Sr. Majestät dem Kaiser und Könige mitteilen lassen. General Suchomlinow hat demgegenüber das amtliche russische Informationsbureau zu der Erklärung ermächtigt, daß in der Audienz, die der Deutsche Kaiser dem russischen Kriegsminister General Suchomlinow gewährte, ausschließlich speziell militärische Fragen der Unterhaltung bildeten und Fragen politischen Charakters dabei völlig unberührt geblieben sind.

Die wir hören, wäre diese Zurückweisung der falschen Angaben der „Ruskoje Slowo“ schon früher erfolgt, wenn der russische Kriegsminister, der beim Erscheinen des Artikels von St. Petersburg abwesend war, nicht erst am 28. d. M. bei seiner Rückkehr von der Veröffentlichung des „Ruskoje Slowo“ Kenntnis erhalten hätte.

Der Zwischenfall Poljakow beigelegt.

St. Petersburg, 30. März. Die St. Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet eine Depesche, wonach der russische Botschafter in Berlin eine Note der deutschen Regierung erhalten hat, in der aus Anlaß des Zwischenfalls mit dem Kapitän Poljakow Bedauern zum Ausdruck gebracht und mitgeteilt wird, daß Beamte, denen Versehen zur Last fallen, disziplinarisch bestraft oder zurückgewiesen seien.

Amthches Wahlergebnis von Borna-Begau.

Rochitz, 30. März. Amthches Wahlergebnis. Bei der Stichwahl im 14. sächsischen Wahlkreis am 26. d. M. entfielen auf den Parteiführer Hysel (soz.) 14321 und Generalleutnant J. D. v. Liebert (Rp.) 12731 Stimmen. Hysel ist somit gewählt.

Ende der Zollerleichterungen bei der Fleischzufuhr.

Berlin, 30. März. Am 31. März tritt das Gesetz, betreffend die vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischzufuhr vom 31. Februar 1913 außer Kraft. Demgemäß wird den Gemeinden die Zollvergütung nur noch für solches Fleisch gewährt werden, das sie bis zum 31. d. M. an die Verbraucher abgesetzt haben. Für Fleisch, das erst nach diesem Zeitpunkt abgesetzt wird, verbleibt es bei der Erhebung der vollen Zollhöhe von 27 bez. 35 M. für den Doppelzentner.

* Die in Berlin am 30. März ausgegebene Nr. 16 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Gesetz vom 26. März 1914, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1914; Gesetz vom 26. März 1914, betreffend die vorläufige Regelung des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1914, sowie Gesetz vom 26. März 1914, betreffend die Festsetzung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1913.

Ausland.

Französische Kammer.

Chinesische Anleihe. — Marokkorede. Paris, 30. März. In der Deputiertenkammer brachte heute Lefèvre du Prey (Rechte) eine Interpellation ein über die chinesische Anleihe, die am 7. April emittiert werden soll. Der Redner gab seinem Ersuchen darüber Ausdruck, daß der Prospekt einen Brief des Ministerpräsidenten Doumergue an den Präsidenten der emittierenden Bank enthalte, in dem die Garantien der Anleihe aufgezählt werden. Der Redner verlangte zum Schluß diese Angelegenheit mit den Geschäften Rochettes, welche die Spatex ruinieren hätten. Ministerpräsident Doumergue erklärte, die Frage dieser rein industriellen Anleihe reiche ein Jahr zurück. Die Regierung habe die französischen Interessen verteidigt. Sobald er erfahren habe, welcher Gebrauch von seinem Brief über die Garantien der Anleihe gemacht worden sei, habe er die Bank gebeten, ihn zurückzugeben, was auch die Bank zugesagt habe, mit der Erklärung, sie habe geglaubt, sich des Briefes Doumergues bedienen zu dürfen, weil der Prospekt der chinesischen Anleihe von 1913 einen entsprechenden Brief Rochettes enthalten habe. (Aachen. Besatz auf der Linken.) Lefèvre du Prey machte den Einwurf, die

für Reorganisationszwecke bestimmte Anleihe von 1913 habe viel mehr Garantien geboten. Flog forderte genaue Angaben und fragte, ob die Regierung beabsichtige, die von der Kammer im Dezember letzten Jahres beschlossene Tagesordnung zu berücksichtigen, die bestimmte, daß das französische Geld vor allem der Verteidigung Frankreichs vorbehalten bleiben solle. Ministerpräsident Doumergue wiederholte, diese Anleihe habe keinen politischen Charakter. Die Regierung habe in China zu keinem Akt ermutigt, der nicht mit den Grundsätzen der französischen Demokratie übereinstimme. Darauf wurde eine von Doumergue gebilligte einfache Tagesordnung mit 340 gegen 206 Stimmen angenommen.

In weiteren Verlaufe der Sitzung beriet die Kammer über die Gesetzesvorlage betreffend eine Ergänzungsteuer auf das Einkommen. Der Berichterstatter Clementel forderte dringend die Annahme des Gesetzesentwurfs über die Ergänzungsteuer, bei dem man sich bemüht habe, eine Verschönerung der Republikaner zu erreichen. Ministerpräsident Doumergue bestand auf der Einfügung des Entwurfs in das Finanzgesetz. Er stellte darauf die Vertrauensfrage (Bewegung) und versicherte, er werde in gleicher Weise vor dem Senat sprechen. Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vormittag vertagt.

Die Kammer nahm weiter mit 443 gegen 70 Stimmen den außerordentlichen Nachtragskredit von 217682716 Frd. für die militärischen Operationen in Marokko an.

Vertrauen für Gallauz.

Paris, 30. März. Der radikale Kongreß des Departements Untere Pyrenäen hat einen Beschluß gefaßt, in welchem dem ehemaligen Finanzminister Gallauz das vollste Vertrauen ausgesprochen wird.

Frankreich und seine Verbündeten.

Paris, 31. März. Der „Gaulois“ fährt aus, daß die gegenwärtige Krise Frankreichs bei seinen Verbündeten und Freunden einen aberaus beklagenswerten Eindruck hervorgerufen habe. Ein hervorragendes Mitglied der französischen Kolonie in St. Petersburg habe u. a. erklärt, wenn die russische Regierung sich kürzlich bereit hat, den französischen Forderungen in der Putilowangelegenheit zu willfahren, und wenn sie Deutschland gegenüber eine Sprache geführt hat, an die man nicht mehr gewöhnt war, so ist dies darauf zurückzuführen, daß man in dem Treuhändergesetz ein ernstliches Anzeichen für die Wiederherstellung des nationalen Gedankens in Frankreich erblickte. Die Enttäuschung ist deshalb um so größer gewesen. Man spricht von neuem vom Verfall Frankreichs, weil man leider im Auslande das Volk von der Regierung und dem Parlament nicht zu trennen vermag. Die Freunde Deutschlands haben damit ein leichtes Spiel.

Ein Mitglied der französischen Handelskammer in London habe erklärt: Trotz der Domeskulstürme verfolgen die Engländer mit größter Aufmerksamkeit die französischen Vorkommnisse, welche die unionistischen Kreise mit aufrichtiger Betrübnis erfüllen. Die Kleinstaatler, die durchweg für die deutsch-englische Annäherung eintreten, äußern unvorheben die Ansicht, daß Frankreich auf Gnade oder Ungnade seiner politischen Kofetterie preisgegeben sei und dem Abgrund entgegensteure.

Rücktritt von Seely, French und Ewart.

London, 30. März. Ministerpräsident Asquith und mehrere andere Minister sowie Generalfeldmarschall French und Generalleutnant Ewart hatten in Downing Street eine lange Beratung. Asquith begab sich sodann zum König.

Das erste Anzeichen für den Rücktritt des Kriegsministers Seely war der Umstand, daß er bei Beginn der Verhandlungen im Unterhause auf den hinteren Bänken des Hauses Platz nahm. Premierminister Asquith gab den Rücktritt der Generale French und Ewart bekannt und die Gründe hierfür. Er verleihe diese Gründe, sagte Asquith, obgleich er sie bedauere. Die Offiziere wünschten es, vollkommen klar gestellt zu sehen, daß sie in völliger Übereinstimmung mit seiner Erklärung vom 27. d. M. seien. Asquith sollte sodann der Loyalität, der Tüchtigkeit und der Ergebenheit, mit der die Offiziere dem Staate und der Armee dienten, warme Anerkennung und sprach die Hoffnung aus, daß sie fortfahren würden, dem Staat und dem Heere zu dienen. Darauf teilte Asquith mit, daß Kriegsminister Seely ihn zu seinem Bedauern davon unterrichtet habe, daß er sich verpflichtet fühle, den gleichen Weg einzuschlagen. Er, Asquith, habe sich mit großem Widerstreben entschlossen, Kriegsminister zu werden. Der König hätte seine Zustimmung zu erkennen gegeben. Diese Ernennung mache jedoch seine Wiederwahl notwendig, und so müsse er das Hans bis zur Nachwahl verlassen. — Die Erklärung des Premierministers kam dem Hause vollkommen überraschend. Einen Augenblick war alles sprachlos, dann brachen bei den Ministerialen stürmische Chorgesänge los. Die gleiche Kundgebung wiederholte sich, als Asquith die Kammer verließ. In einer persönlichen Erklärung betonte sodann Oberst Seely, daß er nicht wegen irgendeiner politischen Meinungsverschiedenheit mit seinen Kollegen zurückgetreten sei. Er sei zurückgetreten, damit es nicht den Anschein habe, als ob ein Minister mit Dienern der Krone einen Handel darüber abgeschlossen habe, was getan werden müsse. Im weiteren Verlaufe der Sitzung lenkte der Unionist Smith die Aufmerksamkeit auf die Vorbereitungen der Regierung in Heer und Marine und erklärte, diese seien umfangreicher und bedeutungsvoller als die Regierung zugegeben habe. Die Bewegungen seien vorzeitig und herausfordernd. Ihr Plan sei napoleonisch, aber ein Napoleon sei nicht da. Das Kabinett habe vom ersten Augenblick an die Forderungen General Goughs gekannt. Marineminister Churchill sagte, daß an dieser Erklärung nichts Wahres sei.

Das Schriftstück, das die Besprechungen zwischen Seely und Gough enthielt, sei zu spät an das Kabinett gelangt, um noch von den Ministern behandelt zu werden und da Asquith dem Standpunkt des Kabinetts laute, habe er es auf die drei ersten Paragraphen der veröffentlichten Erklärung zusammengefaßt und es dann Seely ausgedrückt, der später auf eigene Verantwortung die zwei Paragraphen hinzugefügt habe. Dies sei die Ursache seines Rücktritts gewesen. General Paget seien für sehr ernste Fälle zwei Vorbehalten gegeben worden, nämlich: Wenn Offiziere den Gehorsam verweigern sollten gegenüber Befehlen, die Zivilgewalt zu unter-

stützen, so sollten sie entlassen werden und es sollte Nachsicht geübt werden, falls sie von in ihrer beheimateten Offizieren erbeten werden. Er erhebe die entschiedene Anklage gegen die Führer der Opposition in beiden Häusern, daß sie versucht und soweit es in ihrer Macht lag, auch durchgesetzt haben, die Krone zu verführen. (Beifall bei den Ministerialen.)

London, 31. März. „Daily Chronicle“ schreibt: Die Bedeutung des Schrittes des Premierministers wird niemand verkennen. Er hat die neue Frage erkannt, die Bonar Law aufgeworfen hat. Ungeachtet seiner übrigen Verantwortlichkeiten hat er sich entschlossen, sie persönlich in Angriff zu nehmen. Wir können uns keinen Kurs denken, der geeigneter wäre, die öffentliche Meinung zu beruhigen und die im ganzen Lande herrschende Verwirrung zu beseitigen.

Die „Times“ schreibt: Asquiths dramatische Erklärung, Kriegsminister zu werden, regt unmittelbar zu drei Beobachtungen an, erstens, wie wollen sofort und direkt sagen, daß der Premierminister das Richtige getroffen hat; zweitens, sein noch nie dagewesener Schritt beweist auch neue den bisherigen Ernst der Lage, in die sich das Ministerium hat hineinbringen lassen; drittens, in der Entscheidung, obwohl er Beifall verdient, höchstens eine vorübergehende Maßnahme. Asquiths Erscheinen im Kabinettsamt wird unschätzbare Ergebnisse haben.

Rücktritt Morleys?

London, 30. März. Oberhaus. Im Verlaufe der Debatte gab Lordpräsident des Geheimen Rats Viscount Morley, der zusammen mit Kriegsminister Seely die zwei Paragraphen der bekannten Denkschrift ausgearbeitet hat, die dann vom Kabinett nicht gebilligt wurden, eine Erklärung ab, die man dahin auslegt, daß sie seinen bevorstehenden Rücktritt anzeige. Auf verschiedene Anfragen erwiderte Viscount Morley: In Irland sei kein Ungehöriges gegen Weisheit vorgekommen. Auf eine Frage Lord Curzons, weshalb der Viscount nicht auch zurückgetreten sei, wie der Kriegsminister, erwiderte Morley, daß er diese Frage erst morgen beantworten könnte.

Im Kriegsamte wird bekannt, daß der Rücktritt des Viscount Morley, wenn er wirklich erfolge, kein wesentlicher Faktor in der Lage sei. Die Liberalen sind auch überzeugt, daß die Wahlen erst nach Erledigung der dem Parlament vorliegenden Gesetzesentwürfe stattfinden werden.

Das rumänische Thronfolgerpaar in St. Petersburg.

St. Petersburg, 30. März. Der Prinz von Rumänien und Prinz Carol machten heute hier Besuche bei dem Minister des Auswärtigen und dem Kriegsminister, bei den Großfürsten und Großfürstinnen sowie bei verschiedenen Vorkämpfern und Befehlshabern.

Rußlands Kampf gegen den Alkohol.

St. Petersburg, 30. März. Zum Zweck der Förderung der Volkswirtschaft hat der Justizminister den Gerichtspräsidenten und Staatsanwälten vorgeschrieben, alle Anklagen in Sachen ungesetzlicher Schankwirtschaften und geheimen Branntweintrennens möglichst unverzüglich zu erledigen.

Keine Entschädigung für die Arbeiter der Lena-Goldfelder.

St. Petersburg, 30. März. Die Finanzkommission der Reichsduma hat die Initiativanträge der Sozialdemokraten und der Arbeiterpartei abgelehnt, der Arbeitern der Lena-Goldfelder eine Entschädigung auszugeben.

König Gustavs Gesundheitszustand.

Stockholm, 30. März. Aus Anlaß einer deutschen Blättermeldung betreffend den Gesundheitszustand des Königs wird mitgeteilt, daß diese Meldung, die im Zusammenhang mit der Einreise der gewöhnlichen Audienzen, so lange der König sich auf Schloß Drottningholm aufhält, erschienen ist, falsch sei. Der Gesundheitszustand des Königs bessere sich.

Schwedens Wahlen.

Stockholm, 30. März. Die ersten Ergebnisse der Wahlen zur Zweiten Kammer sind jetzt bekannt. Bei der heutigen Auszählung der Stimmen in dem einen der beiden Stockholmer Wahlkreise zeigt sich, daß für die Partei der Verteidigungsfreunde 6220 Stimmen abgegeben wurden, während die Liberalen (Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten Staaf) 3580 Stimmen und die Sozialdemokraten 10831 Stimmen erhalten haben. Die Liberalen haben damit ein Mandat an die Verteidigungsfreunde verloren. Bei den Wahlen im Jahre 1911 erhielten im gleichen Wahlkreis die Moderaten 3291 Stimmen, die Liberalen 3830 und die Sozialdemokraten 9340 Stimmen. Die Wiederwahlen des Führers der Rechten, Admiral Lindman, des Führers der Sozialdemokraten, des Redakteurs Branting, und des ehemaligen Kultusministers im Ministerium Staaf, Dr. Berg, sind gesichert.

Balkanfragen.

Türkisch-bulgarische Annäherung. Magdeburg, 30. März. Nach einem Telegramm aus Konstantinopel hat der Kriegsminister Enver Pascha einen Befehl erlassen, der den bulgarischen Offizieren gestattet, auf dem ganzen Gebiet der Türkei die Uniform zu tragen.

Die Petroleumminen in der asiatischen Türkei.

Wie man der „Magdeb. Ztg.“ aus Konstantinopel schreibt, hat sich die Regierung verpflichtet, die Konzeption für den Betrieb der Petroleumminen auf der Insel Ferzan im Roten Meere einem englischen Unternehmen zu erteilen. Auch die Konzeptionen für den Betrieb der Petroleumminen in Syrien und Mesopotamien sind, wie schon berichtet, dem englischen Kapital vorbehalten.

Nachwehen des großen südafrikanischen Aufstandes.

Kapstadt, 30. März. Im Parlament wurde auf Antrag des Justizministers Dewet ein Gesetzesentwurf, in dem zur Aufrechterhaltung des Friedens strenge Strafen für Versammlungen von Aufwieglerischen und für Verhinderung von Arbeitswilligen bei Ausbänden vorgesehen waren, zurückgezogen. Dewet erklärte, er werde an Stelle dieser Bill einen Antrag zu dem Gesetze stellen, aufzuführende Versammlungen und deren Auflösung einbringen.